

# Mosel- & Saar-Zeitung

Unabhängiges Tageblatt zur Vertretung der Interessen der Mosel- und Saarregion

## Journal de la Moselle et de la Sarre

Abonnementpreis: Vierteljährlich 6,00 Fr.  
Beleggeld nicht mitgerechnet. Durch die Zeilergänger  
in Metz im Hause gebracht 6,00 Fr.  
Druck und Verlag  
Metz: Rue des Clercs, 1

### Kritisch Politische Betrachtungen.

#### Der neueste Film.

Metz, 24. Oktober.

Wir haben es bisher unterlassen, zum sogenannten Strassburger Neutralistenkomplott Stellung zu nehmen, weil wir eine Entstellung der Tatsachen durch gewisse interessierte Kreise befürchteten. Wir haben es leider wieder einmal erleben müssen, dass gerade diejenigen, in deren Kabinette die zürstesten Fäden unserer politischen Spitzelorganisation laufen, eifrig bestrebt waren, die Wahrheit bis zur Unkenntlichkeit zu verunstalten. Noch herrscht über die Strassburger Vorgänge keine volle Klarheit, was umhüllte Poliergeschäfte und politische Schuffler nicht hindert, den Tatbestand mit der ihnen eigenen Fälschungskraft und Grobzigigkeit bis in die kleinsten Einzelheiten zu rekonstruieren. Da wo ihre sonst sehr erziehbaren Quellen versagen, lassen sie die unerschöpfliche Phantasie spielen und saugen an die köstlichsten Sachen einfach aus den Fingern. Mit verblüffender Verschlagenheit kleiden sie dann ihre gefährlichen Berichte in eine sympathische, verführerische Form, welche die Halbtölpel ihrer Beweisgründe verdecken soll. Das ganze schimmert so schön und blendend, dass es fast dem unbefangenen Beobachter nicht einfallen kann, in den Sumpf zu schauen.

Es ist indessen nicht zu bestreiten, dass rechtspolitische Elemente, für die wir uns immer erennen können, sich die Mühe geben, um den Ansehen, der hier nicht endenwundersamen Folgen, für automatische und neutralistische Zwecke auszunutzen. Es ist in ein offenes Geheimnis, dass die Regierung in der Wilhelmstrasse noch kurz vor dem Waffenstillstand in Hebel in Bewegung brachte, um noch im letzten Augenblick ein rettendes Gleichgewicht zu stellen oder zum Mindesten unser Volk für den Neutralistenkomploit zu gewinnen, und dass sie diesem Zwecke Unsummen Geld in die Wege leitete. Das war das berühmte Neutralistenkomplott, für das allein Riesensummen verschleudert wurden, in der Wilhelmstrasse ausgeführt wurde, ist heute gleichfalls überreichlich erwiesen. Unsere Unparteilichkeit macht es uns zur Aufgabe, im Rahmen der letzten Ereignisse auf die schon etwas veraltete Thema zurückzukommen, welches durch diese Ereignisse wieder in den Vordergrund gerückt wird und aufbrauen Hampelmann die Maske abreißt. Wir zeigen auch selbstverständlich, dass alle Schulden mitleidlos verfolgt und bestrahlt werden. Wir wollen in dem Ausdruck „schuldige“ ausschließlich diejenigen bezeichnen, welche die öffentliche Meinung mit fremdem Kapital nachlässig zu bearbeiten oder beeinflussen verweigert haben, um für eine fremden Interessen die Staatsform Stimmung zu machen. Andererseits müssen wir aber gegen die Ausbeutung der traurigen Affäre, der besorgte Kandidatengereiter den Umfang eines Rentenplans zu gehen nicht sind, entschiedene Verwahrung erheben und aus dem idealen Gefühls gehandelt hat, darf nicht, wie es leider nur allzu oft vorkommt, ein gemeiner Verbrecher gehetzt und einbetrübt werden. Wir wollen Gerechtigkeit, wie sie Gerechtigkeit!

Es gibt hierzulande eine Unmasse von millitären, die Diktator vorgedrehten Patriotismen, welche das von uns bereits zitierte Wort umherblasen als Selbstverständlichkeit hinnehmen. Ich bin noch immer derselbe; nur die Zeit haben sich geändert!

Nachdem es diese überhitzten Köpfe glücklich angebracht haben, die Stimmung im Lande ungesüßlos zu verderben, das Vertrauen unseres Volkes zur Regierung vollends zu zerstören und die solche Misswirtschaft zu erzeugen, dass sich ein vorlauter Pöbel das Herz im Leibe herumtrotzt, möchten sie nun die vermeintlichen Verbrechen aller hinter Schloss und Riegel wissen. Nach der unglückseligen Periode, wo Wahl- und Ausgewiesenen wurde, erwachte man, Geistesneid und blinde Zerstörungswut hatten in der Wirtschaftlichen breite Lücken geschlagen. Die, harmlose Menschen, deren Verbrechen sich darin bestand, einen Garten zu besitzen, diesem oder jenem Kriegsgewinnler zuzugestehen, einen grünen Zettel.

Der wirklich schädliche Individuen breiteten instruktive Macht über ihre schlitzohrigen Hände. In die Hand der jetzigen Ereignisse will uns jetzt glauben machen, dass eine gründliche Säuberung nottut. Ja, man zeigt sogar so, sich vorzuwerfen, nicht energisch genug eingegriffen zu sein.

Die Heuchelei, die jeder Beschreibung spottwert niemand über die wirkliche Sachlage sehen. Sie mahnt an das Gebahren des Einsehers, der, nachdem er ein Haus angezündet, die friedliche Bewohner erschlagen und ausraubt, verzweifelt ruft: „Herr! Feuer!“, da er ungestört entkommen kann.

#### Der Fall Caillaux.

Die Verhandlungen in der Affäre Caillaux wurden gestern vor dem Staatsgerichtshof eröffnet. Die Verteidigung beantragte die vorläufige Freilassung des Angeklagten. Dieser Antrag wurde mit 126 gegen 100 Stimmen zurückgewiesen. Nachdem der Angeklagte zu einer wirkungsvollen Rede das Wort ergriffen hatte, wurde der Anfang der eigentlichen Debatte auf den 14. Januar festgesetzt.

#### General Diaz reist nach London.

Paris, 23. Okt. — General Diaz ist heute morgen, um 9 Uhr 30, eingetroffen. Er wird bei Herrn Tittoni frühstücken und wird morgen nach London weiterfahren.

### Die Schuld an der Verlängerung des Krieges.

In der vorgestrigen Abendausgabe der „Frankfurter Zeitung“ werden die Ursachen des deutschen Zusammenbruchs kritisch besprochen. Zusammenfassend sagt das Frankfurter Blatt:

Man wird sich nach den Aussagen Bernstorffs nicht mehr darauf berufen können, dass Wilson die Aktion verschleppert habe. Denn die Kriegslage nach dem Scheitern der Verdon Offensive und während der Somme Schlacht eine insbesondere nach der Kriegserklärung Rumänien, war für Deutschland, wie wir auch bei Ludendorff lesen, geradezu schauerlich, so dass es durchaus begreiflich ist, dass Wilson nicht in dem Augenblick handeln konnte, in dem die Siegeszuversicht der Alliierten ganz gehoben sein musste, zumal wenn man die deutsch-amerikanische Spannung wegen der Vernichtung von Passagierdampfern hinzurechnet. Als sich unsere Lage verbesserte, fuhr die O. H. L. mit den unglückseligen Deportationen der belgischen Arbeiter dazwischen, ein Kapitel, für das viele Deutsche heute immer noch kein Verständnis haben, weil sie nicht wissen, was eigentlich geschah und welche Folgen daraus erwachsen. Unglücklicherweise fiel in diese für uns so wertvolle Zeit auch die amerikanische Präsidentenwahl — so vergingen Wochen und Monate. Irgend ein Ignorant konnte daraus schließen: Wilson will nicht. Aber was darfst du dich dann anderes am 12. Dezember? Und was im Januar, als sie den rückstichlosesten Uboothkrieg guthieß? Wir hoffen es zu hören. Die verhängnisvolle Wirkung der kriegsrischen Hasspsychose und der unglückseligen Vorstellung, dass man „Stimmung“ machen und deshalb bindungslos gegen alles was nicht deutsch ist, um sich launen müsse — viel Feind, viel Ehr! und Krieg mit Amerika ist nur ein Schmarren! — die traurigen Folgen dieser amorabiten Offensive — liegen heute schon deutlich genug vor unseren Augen. Die sinnlose und regellose Aufspaltung der Gefühle hat entscheidend dazu beigetragen, eine schwache und ideallose Regierung in den Sumpf zu drängen. Auch unser Verhältnis zu Amerika ist von dieser Seuche ergriffen worden. Niemand kann heute sagen, welchen Erfolg eine Vermittlung Wilsons damals gehabt hätte, wohl aber sieht man — wir haben die Hand Wilsons, als der Präsident noch über die stärksten Trümper verfügte, zu unserem Schaden nicht ergriffen und es gilt Deutsche, die sich diesen Wahnsinn zur Ehre anrechnen!

### Die Kosten der Besetzung.

Im Haushaltsausschuss der Nationalversammlung teilte Reichsschatzminister Dr. Mayer mit, dass voraussichtlich in der Mitte der nächsten Woche zwei Überwachungs Ausschüsse der Alliierten in Berlin eintreffen werden. Die ungeheure Zahl von Geschäftszimmern und Geschäftsräumen, die von den Ausschüssen gefordert werden, legt der Regierung nahe, für diesen Zweck Schlösser in Aussicht zu nehmen. Diese Ansicht habe sich aber als unüberführbar erwiesen, und es seien nunmehr die Hotels Kaiserhof, Edenhof, Carlton, Hotel, Hotel Saxonia und ferner die militärische Akademie zur Unterbringung in Aussicht genommen. Die Bitte der Regierung, den Umfang der Ausschüsse herabzusetzen, sei erfolglos geblieben. Insgesamt werden schätzungsweise die Kosten der Unterhaltung der gesamten Besatzungsarmee der Alliierten 2 1/2 bis 3 Milliarden jährlich betragen. Die Mitteilung des Ministers rief in dem Ausschuss allgemeine Entrüstung hervor. Der Minister betonte die ungeheure Last dieser Kosten für das Reich und bemerkte, dass dieses Vorgehen eine bedauerliche Abhängigkeit deutscher Kapitalkraft darstelle. Der Bericht erstatter Dr. Stücklen erklärte, dass man mit der Deckung so ungeheurer Summen nicht hätte rechnen können. Die Ansprüche der Entente gingen in dieser Hinsicht weit über das Mass der Billigkeit hinaus. Solche Bedingungen müssten den Ruin Deutschlands zur Folge haben. Weiter wies der Berichterstatter auf die grosse Hotelnot in Berlin hin, die durch das Ausschneiden der benannten Hotels noch verschärft würde. Im Anschluss daran sagte Alz. Falk (Dem.), im Umsatzausschuss der Nationalversammlung sei die Ineratensteuer mit allen gegen die Stimmen der Unabhängigen angenommen worden. Es sei hervorgehoben, dass der Gedanke einer Differenzierung der Steuer einer ihrer Hauptvorläufer, die Einfachheit, heinträchtigen werde.

### Der Fall Caillaux.

Die Verhandlungen in der Affäre Caillaux wurden gestern vor dem Staatsgerichtshof eröffnet. Die Verteidigung beantragte die vorläufige Freilassung des Angeklagten. Dieser Antrag wurde mit 126 gegen 100 Stimmen zurückgewiesen. Nachdem der Angeklagte zu einer wirkungsvollen Rede das Wort ergriffen hatte, wurde der Anfang der eigentlichen Debatte auf den 14. Januar festgesetzt.

### General Diaz reist nach London.

Paris, 23. Okt. — General Diaz ist heute morgen, um 9 Uhr 30, eingetroffen. Er wird bei Herrn Tittoni frühstücken und wird morgen nach London weiterfahren.

## Tages-Neuigkeiten und letzte Telegramme

### Die Ausführung des Friedensvertrags.

Paris, 23. Okt. Der „Temps“ meldet, dass die Regierung sofort nach Inkrafttreten des Versailler Vertrags die Einrichtung der französischen Dienststellen in Deutschland, wie auch die Inbetriebsetzung der Gesellschaft der Nationen und der Ausführungskommissionen des Vertrags von Versailles vorricht. Die französische Gesandtschaft in Berlin wird mit einem Geschäftsträger eröffnet werden. Ganz zuerst werden wichtige Missionen politischen und wirtschaftlichen Einflusses nach Deutschland geschickt werden. Sehr zahlreiche Kommissionen, die mit der Überwachung der Ausführungen der Bestimmungen des Vertrags beauftragt sind, werden gebildet werden. So schnell wie möglich werden dann auch die zur Gesellschaft der Nationen gehörenden internationalen und nationalen Dienststellen gegründet werden. Zum Betrieb des Verwaltungsdienstes der französischen Gesandtschaft in Berlin wird eine jährliche Ausgabe von 5 000 000 Frs. als notwendig erachtet, davon 5 Millionen für den politischen und wirtschaftlichen Dienst. Für die Gesellschaft der Nationen ist eine jährliche Ausgabe von 720 000 Frs. vorgesehen, davon 500 000 Frs. für das allgemeine internationale Sekretariat und 220 000 Frs. für den Dienst der Gesellschaft der Nationen in Paris. Die Kosten, die später zum grossen Teil von Deutschland zurückvergütet werden, und die zum Betrieb der Ausführungskommissionen des Friedens notwendig sind, belaufen sich auf jährlich 10 Millionen.

### Die Meinung des „Homme Libre“.

Paris, 23. Okt. Der „Homme Libre“ schreibt über die automatische Propaganda in Elsass-Lothringen: Es handelt sich nicht um ein Komplott überspannter Köpfe, sondern um ein gezieltes, von Baden Baden aus durch Sendlinge des Berliner Kabinetts unterstütztes Unternehmen, dazu mit Unterstützung durch die Geldmittel des Reichsministeriums der Auswärtigen. So arbeitet die selbe Regierung, die den Frieden unterzeichnet hat, die ihren Willen proklamiert hat, seine Bedingungen loyal zu erfüllen, die durch ihre Offiziere den Wunsch ausdrücken lässt, den Vertrag richtig auszuführen und ihre Offenheit und ihren guten Willen beweisen, diese selbe Regierung arbeitet an der Aufregung „Elass-Lothringens“. Das kann man nun unmöglich gestatten. Frankreich kann weder zugeben, dass man es betrügt, noch dass man es kloppt. Es will die Wahrheit und strenge Massnahmen.

### Die Ansicht des Generals v. d. Goltz.

Berlin, 22. Okt. Einem Mitarbeiter der „Berliner Borsezeitung“ sagte Graf v. d. Goltz, der auf Befehl der Reichsregierung nach Berlin zurückgekehrt ist, zu den baltischen Dingen u. a. folgendes: „In allererster Linie glaube ich, durch meinen Abschied den Interessen der Heimat am besten zu dienen. Ausserdem habe ich hier in allen Kreisen ein so geringes Verständnis für die baltische Frage und meine Überzeugung gefunden, dass mir auch aus diesem Grunde ein Verbleiben im Amt nicht zugesagt hätte. Ich war in Kurland Oberbefehlshaber nicht nur der deutschen Truppen, sondern auch der lettischen Landeswehr. In ihrer russischen Abteilung war Bernmont mein Untergebener gewesen, mit dem mich die angenehmsten persönlichen Beziehungen verbunden haben. Dann hat Bernmont das Unternehmen begonnen, seine russische Heimat wieder aufzurichten und ist dabei erfolgreich vorgegangen. Dazu habe ich ihm gratuliert. Das ist eine rein private Angelegenheit, ein persönlicher Glückwunsch, mit dem das Deutsche Reich doch wahrhaftig nichts zu tun hat. Ich hoffe, dass die Verbandskommission, die jetzt ins Baltikum geht, sich an Ort und Stelle überzeugen wird, dass Bernmont keine Truppen mehr hat, die deutsche Reichsangehörige sind. Ich hoffe weiter, dass diese Kommission die Bedeutung von Bernmonts Unternehmen einsehen und verstehen wird, dass er nichts anderes will als den Ruin. Der westrussische Zentralrat beim Oberkommando Bernmont hat die Autonomie Lettlands ausdrücklich anerkannt. Sein politisches Ziel, für das auch Bernmont eintritt, ist ein föderatives Gross-Russland, ich glaube, genau gesagt: die Vereinigten Staaten von Russland.“

Die noch reichsdeutschen Truppen folgen alle dem Räumungsbehl. Aber eine nicht unbeträchtliche Anzahl, wohl reichlich die Hälfte, ist aus dem Verband des Reiches ausgeschieden und zu russischen Staatsbürgern geworden. Diese bleiben dort. Schliesslich wird auch der Verband einsehen, dass Deutschland sich nicht dagegen zur Wehr setzen kann, wenn eine Anzahl Deutscher die Staatsangehörigkeit eines anderen Landes annehmen will. Deutschland als solches ist doch daran völlig unbeteiligt. Ebenso wird man eines Tages doch erkennen, dass es sich wirklich nicht um Verwirklichung imperialistischer Ziele von Deutschland aus handelt, sondern einfach um Privatwünsche der Mannschaften. Es ist nicht zu beschreiben, mit welcher Stärke der Siedungsgedanke die Masse beherrscht.

### Rumänische Getreideausfuhr.

Auf den Vorschlag des Ministers für Ackerbau und Handel hat der rumänische Ministerrat beschlossen, 400 000 Tonnen Getreide für die Ausfuhr nach dem Ausland freizugeben. Rumänien verlangt grundsätzlich keine Entschädigung für dieses Getreide, jedoch wird als Hauptbedingung die Zahlung in Lei aufgestellt. Die ausserordentlich gute Ernte in Rumänien ermöglicht es, dass selbst vor der endgültigen Zusammenstellung der Ernteergebnisse 400 000 Tonnen für die Ausfuhr freigemacht werden können.

### Eine Unterredung mit General Mangin.

Paris, 23. Okt. — Ein Redakteur vom „Excelsior“ hat General Mangin in seinem Pariser Heim interviewt. Er fragte ihn nach seinen Eindrücken über seinen Aufenthalt in der Rheinprovinz. Der General erklärte, dass die Rheinländer im allgemeinen sich korrekt verhalten hätten. Er glaubt, dass ein Teil der Bevölkerung wahrhafte Sympathien für Frankreich hegt. Ein Unterschied muss gemacht werden zwischen der Bevölkerung der Rheinlande und dem übrigen Deutschland, besonders Preussen. Es biesse den Rheinländern Unrecht tun, wenn man sie als Preussen betrachten wollte. Der General wies auf die Notwendigkeit hin, ein föderalistisches Deutschland aufrecht zu erhalten, das die einzige Formel bilde, die den Frieden verbürgen könnte. Die Rheinländer wollen keine Preussen sein. Unser Interesse ist es nicht, sie zu zwingen, es zu werden. Die Soldaten der Entente sollen sich nicht zu Gendarmen Preussens erniedrigen. Die Beauftragten der Rheinländer wenden sich an die ganze Welt, um die Unabhängigkeit zu erreichen. Es ist zum mindesten erstaunlich, dass ihre Stimme nicht gehört wird, und dass die Lösung so lange auf sich warten lässt. Ich meine, wir sollten nach Möglichkeit die Sympathien der Rheinländer ermutigen, nicht von gefährlichen Annexionen träumen und zu der Schaffung eines Pufferstaates zwischen Frankreich und Preussen beistehen.

### Eine Rede Clemenceau's in Strassburg.

Paris, 23. Okt. „Echo de Paris“ meldet, dass Clemenceau seine Rede wahrscheinlich Anfang nächster Woche in Strassburg halten wird. Es sei vorzuziehen, dass der Ministerpräsident sich auf einen sehr hohen Standpunkt stelle, um von der Zukunft der Republik zu sprechen. Herr Clemenceau würde zwar die demokratischen Forderungen, an deren Erfüllung er selbst gearbeitet hat, aufrecht erhalten, gleichzeitig aber an alle diejenigen appellieren, die durch Arbeit eine glänzende Zukunft Frankreichs wollen. Durch eine solche Union würde es möglich sein, den verzerrten Anschauungen des Bolschewismus den Weg zu versperren, dessen Triumph das Ende Frankreichs und der Welt bedeuten würde. „Echo de Paris“ erachtet es als möglich, dass Herr Clemenceau die Gelegenheit benutzte, um Deutschland, mit dem wir bald im Friedenszustand sein werden, einige gute Ratschläge zu erteilen.

### Die Antwort Fochs an die Eisenbahner des Saarlandes.

Zu den Forderungen der Eisenbahner hat Marschall Foch folgende Anordnungen getroffen: Das Tragen der Armbinden wird nach der amtlichen Ratifizierung des Friedensvertrages nicht mehr verlangt werden. Die Bodenstellen der verschiedenen Zivilverwaltungen einschl. der Eisenbahner werden vom gleichen Tage ab nicht mehr gezwungen, die Offiziere der Besatzungsarmee zu grüssen. Die Gründung von Beamten- und Arbeiterausschüssen der Eisenbahner ist gestattet, wie die deutsche Verordnung vom 18. 1. 19 vorschreibt. Die verschiedenen, nach den deutschen Gesetzen seit dem Waffenstillstand genehmigten Gruppen und sozialen Ausschüsse werden von den alliierten Behörden anerkannt mit den Ausnahmen, die von der hohen Kommission angeordnet werden können. Vertreter der Beamten und Arbeiter werden zum Vertreter von Wünschen von der interalliierten Kommission und der Sanktionskommission auf Wunsch empfangen. Wegen Beteiligung an dem letzten Streik werden keine Strafen verhängt, während die kriegsgerichtlichen Untersuchungen ihren Gang gehen. Betreffs Beschaffung von Lebensmitteln und Kohlen werden die Fragen noch geprüft und die Entscheidungen werden in kurzen Tagen erfolgen. Diese Anordnungen wurden den Eisenbahnbiensten bekannt gegeben.

### Die Kampflage an der russischen Front.

Reval, 23. Okt. (Agentur Union.) Bericht des Grossen Hauptquartiers: Unsere Offensive geht weiter. Wir haben Corelewe genommen, das 12 km. von der Hauptstadt entfernt liegt. Die Rote Armee entfaltet einen wütenden Widerstand. Die Kämpfe nehmen den Charakter unerbörter Heftigkeit an, jedoch hält nichts den Vormarsch unserer Armee auf. Die Bravour der Führer und der Soldaten ist wunderbar. General Judenitch verlässt seine Truppen nicht mehr.

### Ein Seetreffen in der Ostsee.

London, 23. Okt. — Der Sekretär der Admiralschaft gibt bekannt, dass vier bolschewistische Zerstörer versucht haben, die esthischen Schiffe und einen britischen Zerstörer in der Bai von Kaporja, am 21. Oktober morgens, anzugreifen. Zwei bolschewistische Zerstörer wurden versenkt, sechs Mann der Besatzung wurden getötet. Die Engländer und Esthen haben keine Verluste erlitten.

### Ein Ansuchen Deutschlands abgelehnt.

Berlin, 23. Okt. — Die deutsche Delegation in Versailles hatte den Obersten Rat gebeten, dass die Mitglieder der interalliierten Kontrollkommission in Deutschland nach Inkrafttreten des Waffenstillstandes keine Uniform mehr tragen sollten, um unliebsame Vorkommnisse zu vermeiden. Der Oberste Rat hat dem Verlangen nicht stattgegeben.

## AUS ALLER WELT

### Deutschland

**Die Uebergabe der Ostbahnen.**  
Die Eisenbahndirektion Bromberg erlässt in Verbindung mit dem Bezirksbeamtenausschuss und dem DirektionsArbeiterrat einen öffentlichen Aufruf an alle Eisenbahner des abzutretenden Gebietes, in dem sie aufgefordert werden, in der schweren Zeit der Uebergabe selbstlos und pflichttreu gegen Volk und Vaterland auszuhalten. Weiter heisst es: „Eure Bezüge sollen derart festgestellt werden, dass jeder Einsichtige zufrieden sein wird. Die Gefahren unter Euch können bereits abwandern. Der Friedensvertrag und der Amnestierlass sichern Euch, die Ihr vorläufig noch zurückbleibt. Alle bisher erteilten und noch zur Ausfertigung kommenden Blankoversetzungen der Beamten und Arbeiter werden im Augenblick des Uebergangs der Verwaltung an Polen in endgültige umgewandelt werden.“

**Der Rücktransport der Kriegsgefangenen.**  
Paris, 22. Okt. Aus Berlin wird gemeldet: Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat in der Budgetkommission der Nationalversammlung besonders erklärt: „Die Regierung hat das grösste Interesse daran, gute Beziehungen zum Heiligen Stuhl zu unterhalten. Wir werden in diesem Sinne handeln.“ — Der Minister der Auswärtigen Angelegenheiten hat in der Budgetkommission erklärt, dass man den aus der Schweiz eintreffenden Nachrichten zufolge damit rechnen kann, dass der grösste Teil der aus Frankreich kommenden Kriegsgefangenen vor Weihnachten in die Heimat zurückgekehrt sein wird.

### Die Dokumente zum Ausbruch des Krieges.

Zu der unmittelbar bevorstehenden Veröffentlichung der amtlichen deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch erfahren wir weiter: Die vom auswärtigen Amt mit der nachmaligen Sichtung und Ergänzung der Akten beauftragten Herausgeber Graf Monteleone und Professor Schücking haben die Durchsicht der von Kautsky in der ersten Zeit nach dem Ausbruch der Revolution zusammengestellten Dokumente nahezu beendet. Die Durchlegung des ersten Teiles des mehrbändigen Werkes hat schon begonnen. Die Sammlung erscheint unter dem Titel: „Die deutschen Dokumente zum Kriegsausbruch“ bei der Deutschen Verlagsgesellschaft in Charlottenburg und umfasst sechs Bände, welche ungefähr 915 Stücke enthalten.

### Oesterreich

**Die Grundlagen der auswärtigen Politik.**  
Wien, 21. Okt. — Die Blätter veröffentlichen die durch das Wiener Korr. Büro ausgegebene amtliche Erklärung über die Grundlagen der auswärtigen Politik der Republik, in der es heisst: Die neue Regierung wurde gebildet aus Vertretern der beiden Parteien, die den Friedensvertrag von St. Germain annehmen. Damit ist gegeben, dass die Regierung sich in der auswärtigen Politik auf die Grundlage des Friedensvertrages von St. Germain stellt und danach trachten wird, diesen von der Nationalversammlung gutgeheissenen Kurs sowohl dem Buchstaben wie dem Geiste nach einzuhalten. Die Regierung wird bestrebt sein, freundliche Verhältnisse zu den Nachbarstaaten herzustellen. Sie strebt eine staatsrechtliche Verbindung mit einem Nachbarstaate nicht an. Unsere auswärtige Politik wird in erster Linie Wirtschaftspolitik sein und das Ziel haben, den freien Handel mit dem Auslande möglichst bald wieder herzustellen. Die Erklärung drückt die Hoffnung auf eine talkräftige Unterstützung der vertragschliessenden Mächte beim Aufbau des österreichischen Wirtschaftsbaus aus.

### Schweiz

**Kommunistische Umtriebe.**  
Zürich, 22. Okt. (Priv. Tel.) — Der Bundesrat hat beschlossen, wie die schweizerische Presse berichtet, zwei Jungburschen auszuweisen, die für ein deutsches Spartakistenkomitee Kurierdienste geleistet haben. Die beiden Kurier wurden an der Grenze verhaftet, und bei ihnen gewisse Papiere, u. a. ein Rundschreiben an französische, spanische, italienische und schweizerische Kommunistenorganisationen beschlagnahmt. In dem Rundschreiben wird ausgeführt, die linksradikale Bewegung in Deutschland sei wieder im Aufsteigen begriffen, sodass man es wagen könne, für die Zeit vom 7. bis 10. November zur Feier der Revolution in Deutschland eine neue Aktion vorzubereiten. Der Beschluss dazu sei von der kommunistischen Organisation in Deutschland in Verbindung mit dem Komitee der 3. Internationalen gefasst worden und es gelte nun, die Arbeiterschaft in allen Ländern zu veranlassen, an diesem Tage auf die Strasse zu treten und damit die Bildung der Rotenregierung einzuleiten. Zu den Besprechungen in Zürich hätten die Organisationen ihre Vertreter zu entsenden, eventuell unter falschen Namen.

### Amerika

**Der Stand der Friedensfrage.**  
New York, 23. Okt. — Es erscheint nunmehr ausgeschlossen, dass sich der Senat auf die Annahme textueller Änderungen im Friedensvertrag festlegen werde. Der republikanische Führer Lodge erklärte, er werde sich mit einfachen Vorbehalten begnügen, wofür 54 Stimmen zu haben seien. Alle Parteiführer sind nun für eine beschleunigte Erledigung des Vertrages.

### Besetzung Thrazens durch die Griechen.

Salonki, 23. Okt. Die Besitzergreifung West-Thrazens durch die griechischen Truppen des Generals Leonardovitch geht unter der Begünstigung der Bevölkerung vor sich.

### Herre Lenoir erschossen

Herre Lenoir ist heute früh um 6 Uhr 25 Min. Polygon von Vincennes standrechtlich erschossen worden.

Die deutsch-polnischen Verhandlungen.  
Metz, 23. Okt. — Aus Berlin wird gemeldet: deutsch-polnischen Verhandlungen nehmen einen günstigen Verlauf. Man glaubt, dass man kurzum zu einer Verständigung über den Austausch von Waren zwischen den beiden Ländern gelangen wird.

